Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21. Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf: Amt Norden 2361—65. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantwortlich Ernst Diesenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b. Tel. 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 5 — Magdeburg, 2. Februar — Jahrgang 1929

Arbeiterschaft und Staatsidee

Nur scheinbare Staatsbejahung?

Von Dr. Joseph Wirth.

In den letzten Jahren ist von kritischen Wochenschriften der Gebrauch geübt worden, von Zeit zu Zeit geistig führende und um die deutsche Kultur sich mühende Menschen zu fragen, welche neu erschienenen Bücher sie besonders gefesselt hätten. Es kommt nicht darauf an zu erfahren, ob viele oder wenige Bücher über den Schreibtisch zu den Bücherschränken wandern, sondern die Fragestellung bezieht sich darauf, welche Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt noch Männer und Frauen von geistigem Ruf, auch solche, die im praktisch-politischen Leben stehen, wirklich fesseln können. Auch an mich als praktizierenden Politiker ist die Fragestellung wiederholt herangetreten. Der Politiker gibt nicht gern Auskunft aus seiner politischen Werkstatt. Und so meinten manche schon, daß die Bibliothek der Parlamente von den Mitgliedern selbst am wenigsten besucht würden, um die Neuerscheinungen der Zeitschriften und der politischen Literatur überhaupt zu verfolgen. Doch gibt es neuerdings Anlaß, aus solcher Reserve herauszutreten.

Ueber die Weihnachtszeit mußte ich mich in der Heimat, sehr wider den Sinn schöner Ferien, in das Buch von Theodor Brauer „Der moderne deutsche Sozialismus" (Verlag Herder, Freiburg i. Br.) vertiefen. Das Buch Brauers wird die deutschen Politiker und Soziologen hoffentlich lange Zeit beschäftigen. Für einen republikanischen Politiker, der den Gang der Dinge in Deutschland immer vom Staate her kritisch verfolgt hat, der in den Jahren der Nachkriegszeit immer wieder Massen, Parteien und Führer auf den Staat als Idee wie als überlegene Organisation hingewiesen hat, der das deutsche politische Leben der Nachkriegszeit unablässig unter dem Gesichtswinkel geprüft hat, in welchem Verhältnis die politischen Parteien als Instrumente im Dienste des Staates zum Staate stehen, war es besonders interessant, Brauers kritische Analyse des modernen Sozialismus in seiner Beziehung zum bestehenden deutschen Staate und der Staatsidee selbst nachzulesen. Theodor Brauer verschweigt nicht, daß in der Zeit des Krieges, unter der Einwirkung der Annäherung der verschiedenen Volksschichten vor allem bei Kriegsausbruch, viele Vertreter des Sozialismus das Endziel der klassenlosen Gesellschaft in den Hintergrund treten ließen, indem sie sich dem bestehenden Staat und der Staatsidee selber zuwandten. Die Hinwendung der bis dahin frondierenden sozialistischen Massen zum Staate wirkte nach Brauer in der Kriegszeit fast wie eine „Rückkehr aus dem Exil". Aber nun kommt bei Brauer ein starkes kritisches Moment in Erscheinung, an dem wir nicht unbeachtet vorbeigehen können. „Dennoch ist darauf hinzuweisen" — fährt Brauer fort —, „daß die eigentlichen Führer des Sozialismus die Hinwendung als Doktrin nicht mitgemacht haben." Wenn gewisse gefühlsmäßige Restbestände auch heute noch bei und in den Aestheten plastischen Ausdruck fänden, so glaubt doch Brauer, daß von einer nachhaltigen Einwirkung der Zuwendung zum Staate nicht die Rede sein könne. Das ist eine starke, vielleicht sogar überhebliche kritische Bemerkung des sonst so bedachtsamen Soziologen. „Der überzeugende Beweis liegt darin," fährt er fort, „daß keine Anstrengung der realpolitisch denkenden Organisationsführer die sozialistischen Massen in ein wirksames Verhältnis zu dem heutigen republikanischen Staate zu bringen vermag. Daß auch das Bestehen und die Haltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kein Gegenbeweis dazu ist, braucht für den, der sich durch Aeußerlichkeiten nicht blenden läßt, nicht dargetan zu werden."

Diese Sätze werden manchem Sozialisten sehr unbequem erscheinen und sozialistische Reichsbannerkameraden werden — nach meiner Auffassung mit Recht — sie auch als unrichtig und sogar als ungerecht empfinden. Und doch ist damit dem kritischen Analytiker Brauer nicht begegnet. Er spricht ja ausdrücklich von den „eigentlichen Führern" des Sozialismus. Wenn er vom Führer spricht, so denkt er wohl auch an die politische Partei. Man kann sich wohl Gelehrte denken, die führend sind, aber dieser trägt Verantwortung nur vor der Wissenschaft, nur für sein Werk. Führende Wissenschaftler haben Schulen um sich und die Schüler versuchen auf den vom Meister geebneten Wegen und nach den Methoden des wissenschaftlichen Meisters Forschungsergebnis an Ergebnis zu reihen. Was der Meister angeschlagen hat, verfolgen die Schüler bis ins letzte Atom, und doch wird es der so wissenschaftlich „führende" Mensch ablehnen, für seine Schüler letzte Verantwortung zu übernehmen. Wenn aber Brauer an die Führer der sozialistischen Partei dachte, dann geht seine Kritik meines Erachtens über das wissenschaftlich zu rechtfertigende Maß weit hinaus. Einmal sind die Führer der politischen Parteien nicht gleichzeitig auch auf dem theoretischen Gebiet führende Menschen. Sie können es auch gar nicht sein. Die Praxis des Tages und die sachlichen Verantwortlichkeiten erschöpfen ja die Kräfte auch solcher, die vielleicht sonst gern zum Theoretischen neigen, fast vollständig. Nun hat Brauer übersehen, daß gerade von wissenschaftlich orientierten Sozialisten wie Reichsfinanzminister Hilferding im letzten Jahre die Parole ausgegeben wurde, sich auch unter den heute gegebenen Verhältnissen mit der Staatstheorie, die anders begründet werden müsse, abzugeben. Jedenfalls haben mich die Ausführungen Brauers (Seite 11) sehr berührt und kritisch gestimmt. Sein Buch kam mir die letzten Wochen nicht mehr aus den Händen. So interessant seine wissenschaftliche Beurteilung von Karl Marx und seines „Kapitals", so mutig auch seine Anerkennung des Seherblicks dieses Gelehrten ist, seine politisch gemeinte kritische Aeußerung gegenüber den eigentlichen Führern des Sozialismus halte ich als nicht für gerechtfertigt. Wenn ich oben die Bemerkung machte, Brauers Kritik sei hier vielleicht sogar „überheblich", so meinte ich damit, daß er als ein Wissenschaftler, der der christlichnationalen Arbeiterbewegung nahesteht, wohl auch überlegen muß, ob nicht die unglückliche Haltung der autoritativen Mächte der Vorkriegszeit selbst bei den nichtsozialistischen Arbeitern eine starke Staatsfremdheit durch Jahrzehnte hindurch gezeitigt hat. Erklärlich war die Staatsfremdheit weiter deutscher Volksschichten, auch der christlichnationalen Arbeiterschaft durchaus. Noch heute muß Adam Stegerwald in der kürzlich verbreiteten kleinen Broschüre „Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat" aussprechen, daß es dem deutschen Volke not tut, aus der alten Kasten- und Klasseneinstellung herauszukommen und politisch zu werden. Aber er will kein „Volk", in dem die Arbeiter und die übrigen produktiv schaffenden Stände die Rolle eines Packesels spielen. Darüber hinaus weist er auch der Zentrumspartei nach, daß sie die Aufgabe hätte, zunächst in den eignen Reihen ein allseitig positives und warmes Verhältnis zu Politik, Nation und Staat zu finden. Man sieht doch deutlich wie heute auch noch in katholischen Kreisen darum gerungen wird, zum Staate nicht nur ein theoretisch geklärtes, sondern auch ein gefühlsmäßig positives, warmes Verhältnis zu gewinnen. Was den christlichen Arbeitern in den letzten zwei Jahrzehnten sehr schwer zu vermitteln war — man denke nur an die Hemmungen des Dreiklassenwahlrechts im alten Preußen —, das war für die Sozialdemokratie und ihre wissenschaftlichen Lehrmeister noch viel mühsamer. Ja, es erschien manchem kritischen Beobachter des deutschen Staatslebens in den letzten Jahrzehnten geradezu als eine praktische Unmöglichkeit. Wir, die wir in jungen Jahren dem Streite der Sozialdemokratie zwischen Reformismus und Revisionismus einerseits und dem sozialistischen Radikalismus anderseits mit lebhaftestem Interesse folgten, haben nach dem Kriege jahrelang Gelegenheit gehabt, in den Ministerien von Land und Reich mit denen praktisch zusammenzuarbeiten, die aus Sozialisten Reformisten geworden waren. Es waren Sozialisten, die vom alten Staate zurückgestoßen, um ihrer theoretischen Einstellung willen Verfolgungen auf sich genommen hatten und die trotzdem in den Stunden des allgemeinen Zusammenbruchs ein so starkes Staatsgefühl und ein so tiefes Leben mit ihrem Staate bewiesen, daß sie alles, was sie vom alten Staate auch trennen mochte, überwanden, nur um den deutschen Staat in seiner Einheit und in seinen Zukunftsmöglichkeiten zu retten. Die Behauptung, daß die Haltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in diesem Zusammenhang nicht mehr als nur eine „Aeußerlichkeit" bedeute, erscheint mir ebenfalls als sehr gewagt. Eine systematische Lektüre seines Bundesorgans könnte Brauer ganz neue Aufschlüsse geben. Ich selbst habe in vielen, vielen Reichsbannerversammlungen neben führenden Sozialisten gesprochen. Man kann es manchem Sozialistenführer nachfühlen, der vor Reichsbannerversammlungen auch heute noch nicht müde wird, auf den alten Staat und seine verfehlte Politik gegenüber der Arbeiterbewegung hinzuweisen. Aber trotz solcher nachwirkenden alten Verbitterung, die übrigens auch bei christlichnationalen Arbeiterführern festzustellen ist, und trotz der widrigen Zeitverhältnisse, wie sie außenpolitischer Druck und innerpolitische Notstände, besonders auf sozialem Gebiet uns gebracht haben, habe ich aus eigner Erfahrung zu berichten, daß eine starke Hinwendung zum Staate, und zwar zum bestehenden gegenwärtigen Staate vorhanden ist. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist damit nicht genügend gewürdigt, daß man in ihm nur die Kampforganisation und die starke Abwehrbewegung gegenüber jenen reaktionären Gewalten sieht, die den parlamentarisch-demokratisch regierten Staat entwurzeln und sabotieren wollen. Das Reichsbanner war immer mehr als nur das, was seine offnen und verschwiegenen Gegner in ihm gesehen haben. Beim Zuge der schwarzrotgoldenen Fahnen durch die großen Städte unsers Landes erblickten Tausende und aber Tausende, ob sie wollten oder nicht, die Bewegung zum heutigen Staate. Ganz kritisch eingestellte Menschen haben mir bei Kundgebungen zum Verfassungstag, beim Scheine Tausender von Fackeln unter nächtlichem Himmel bekannt, daß sie eine solche Demonstration einfacher Arbeitnehmer mit dem Staatssymbol nicht für möglich gehalten hätten, da doch die früher vom Staat abgedrängten und zurückgestoßenen Massen vor dem Krieg eine innere Beziehung zum staatlichen Leben überhaupt nicht gefunden hätten. Wenn es christlichnationalen Arbeiterführern schwer geworden ist, unter den reaktionären und sozialpolitisch rückständigen Trägern alter Gewalten den Zugang zum Staate zu finden, so sollten wir uns hüten, auch wenn wir noch so sehr in der Wissenschaft unser Genüge finden, heute, also erst 10 Jahre nach dem Zusammenbruch, allzu kritisch über das nicht stärker gefühlsmäßig betonte Verhältnis der Sozialisten zur deutschen Republik zu sprechen. —

Die kämpfende Republik

Zum Urteil über Kölling und Hoffmann

Wer die Magdeburger Richter vor dem Großen Disziplinarsenat sich verantworten gesehen hat, dem wird nicht entgangen sein, daß die beiden noch immer nicht wissen, was die deutsche Oeffentlichkeit und was ihre vorgesetzte Behörde eigentlich von ihnen will, oder sich so stellen, als wüßten sie es nicht. Das trifft keinesfalls auf Kölling zu, der ein schlichter, in die Enge seiner Stadt, seines Faches und seines Gesellschaftskreises eingeschlossener Beamter ist und gewiß nicht Talent genug hat, sich in eine Rolle zu verkleiden, selbst wenn er den Vorsatz faßte. Und was Hoffmann betrifft, so wird die selbstgerechte Sicherheit, die unerschütterte Würde, die imposante Feierlichkeit seines Auftretens ihren Ursprung haben weniger in ergrübeltem und erwandertem weltmännischem Weitblick als in der bequemen Gewohnheit, in kleinen Zirkeln mit abgestempelten Anschauungen und Vorurteilen zu präsidieren.

Aus diesen Anschauungen haben sie den Fall des Mordes an dem gewissen Helling gesehen, wie sie alles in der Welt und die Welt selbst aus ihnen sehen. Und sie müßten sie erst als Vorurteile durchschauen, um zu begreifen, was man eigentlich von ihnen will. Ihnen müßte der Star gestochen werden, es müßte ihnen wie Schuppen von den Augen fallen. Aber bei ihren Jahren, bei der Verhärtung ihres Denkens, bei den Strafen, die jetzt über sie verhängt worden sind und die ihr Stolz ihnen nicht gestatten wird, als verdient anzuerkennen, bei alledem besteht keine Aussicht, daß dieses Wunder an ihnen sich vollziehen könnte. Inzwischen aber sieht für sie die Sache so aus:

Ein Mann namens Haas, Kaufmann in Magdeburg, gerät in Mordverdacht. Von diesem Manne stellt sich heraus, daß er zweierlei ist: Jude und Mitglied des Reichsbanners. Und weil er dies beides ist — so sieht für Kölling und Hoffmann die Sache aus —, darum erhebt sich die ganze Republik, fällt den unabhängigen, ihres Amtes waltenden gerechten Richtern in den Arm und stellt sich vor den mordverdächtigten Haas, um zu verhüten, daß über den Juden und Reichsbannermann etwas Ungünstiges ans Tageslicht gezogen werde.

Unberechtigter Vorwurf der Begünstigung? Mißbrauch des Amtes? Unbefugte Mitteilungen an die Presse? Nun ja. Vielleicht in der Hitze des Kampfes. Warum nicht? Welche Rücksichten hätten sie denn nehmen dürfen, als die Republik die Unabhängigkeit und Gerechtigkeit der Richter anzutasten wagte, um ihren Juden und Reichsbannermann zu schützen? So sieht die Sache für Kölling und Hoffmann aus.

Und die Unschuld des beschuldigten und gefangenen Haas? Und die Schuld des erfolgreich schwindelnden Schröder? So sieht diese Sache für Kölling und Hoffmann aus: Es ist ja möglich, Schröders Schuld und Haas' Unschuld. Es ist auch das Gegenteil möglich. Aber weder dies noch jenes ist wichtig. Wichtig ist, daß die preußisch-deutsche Republik nicht duldet, daß über einen Juden und Reichsbannermann etwas Ungünstiges bekannt wird; daß sie keine Prüfung gestattet; daß sie aufsteht im Glanz ihrer staatlichen Machtmittel, um auch schon die Möglichkeit einer Aufklärung zu vereiteln. Wichtig ist, daß zwei biedere preußische Richter dem Skandal entgegengetreten sind; und daß die Republik sie dafür gemaßregelt hat.

Ja, so sieht die Sache aus in den Köpfen des Landgerichtsrats Kölling und des Landgerichtsdirektors Hoffmann. Nicht nur in ihren Köpfen, sondern auch in den Köpfen ihrer Anhänger und Gesinnungsfreunde. So hat die Sache ausgesehen damals, als sie sich zum Entsetzen des aufgeklärten Deutschland vollzog, und so sieht sie für sie noch heute aus.

Es ist nicht ein Kampf gegen die Schlechtigkeit, den die Republik geführt hat; es ist der schwere und hoffnungslose Kampf gegen die Dummheit.

Inquit.

Aller Anfang ist schwer

Um die Große Koalition.

Man hatte bisher nicht den Eindruck, daß die im Sommer gebildete Regierung die Frage einer festen und einheitlichen Mehrheitsbildung mit besonderer Sorge betrachtet hätte. Gewiß haben mancherlei Zwischenfälle die Schaffung einer Regierungskoalition behindert. Aber wenn man auch diese Hemmungen in Rechnung zieht, bleibt der Eindruck, als wenn wenigstens der Reichskanzler Müller bis in die letzten Tage hinein die Schaffung einer festen Koalition nicht für eine unbedingte Lebensfrage der jetzigen Regierung gehalten hätte. Auch gewisse Aeußerungen sozialdemokratischer Zeitungen mußten solche Vermutung stützen. Mit Wiederzusammentritt des Reichstags ist das anders geworden. Wohl weniger deshalb, weil man aus der deutschnationalen Drohung: nichts zu tun, was bei den bevorstehenden Gesetzesarbeiten irgendwie wie eine Hilfsstellung bei der Schaffung von parlamentarischen Mehrheiten aussehen würde, Konsequenzen gezogen hätte, als vielmehr aus der Erkenntnis eines Notstandes heraus. Die Fraktionen, die sich gegenüber der Regierung und den Aufgaben des Reichstags insgesamt in völliger Freiheit fühlten, hatten bei den Ausschußarbeiten der letzten Woche, insbesondere im Haushaltsausschuß, eine Antragspolitik verfolgt, die schließlich zu einem Leerlauf dieser Arbeiten führte. Der parlamentarische Betrieb kam sozusagen teilweise auf einen toten Punkt und die Regierung entsprechend in den Alarmzustand. Die Unterhaltungen mit den Fraktionen über die Bildung der Großen Koalition sind darum von dem Reichskanzler in Verbindung mit den Besprechungen über die Etatsgestaltung und die notwendigen Steuergesetze mit überraschender Initiative wieder aufgenommen worden, und wir hoffen sehr, daß die Autorität des Kabinetts groß genug sein wird, um das notwendige Ziel der Schaffung einer festen Parlamentsmehrheit in kürzester Frist zu erreichen. Noch gehen die Sonderwünsche der einzelnen Fraktionen weit auseinander. Fraktionelle Prestigebedürfnisse verhärten die einzelnen Positionen, so daß das Unternehmen des Reichskanzlers nicht sehr leicht ist. Dabei sind sich die in Frage kommenden Fraktionen durchaus klar darüber, daß der Parlamentarismus selbst wieder unter einer schweren Belastungsprobe steht.

Das Steuerbukett Hilferdings.

Die anfänglichen Vermutungen über das Steuerbukett, das Hilferding zur Auffüllung des Defizits des Reichshaushalts dem Reichsrat und dem Reichstag vorlegen würde, haben sich im allgemeinen als richtig erwiesen. Einzelheiten sind aber durch die Ausführungen, die er vor der Presse gemacht hat, korrigiert worden. Um das Defizit von über 500 Millionen Mark zu beseitigen, hat der Reichsfinanzminister folgende Mehreinnahmen in Anschlag gesetzt: Erhöhung der Biersteuer, die 165 Millionen Mark, Erhöhung der Branntweinabgabe, die 90 Millionen Mark mehr einbringen soll. Von einer Erhöhung der Vermögenssteuer erwartet er ein Mehr von 104 Millionen Mark und von einer Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Gatten erbe eine Mehreinnahme von 20 Millionen Mark. Das sind die eigentlichen Mehreinnahmen für den Etat, die durch Steuervermehrung aufgebracht werden sollen. Also rund 380 Millionen Mark. Dazu kommen dann noch 20 Millionen Mark Mehreinnahmen, die die Reichspost schaffen soll und 120 Millionen Mark, die von den Ueberweisungsgeldern des Reiches an die Länder einbehalten werden sollen. Dieses Steuerprogramm hat, wie das bei neuen Steuervorschlägen naturgemäß immer der Fall ist, bereits starken Widerstand gefunden, wobei uns selbstverständlich nur der Widerspruch aus den Reihen der Regierungsparteien interessiert. Die Bayern protestieren gegen die Erhöhung der Biersteuer, wobei die von der Reichstagsfraktion der Bayrischen Volkspartei abgegebenen Erklärungen aber nicht so ultimativ sind wie diejenigen, die aus der bayrischen Hauptstadt selbst kommen. Auch wenden sich die Bayern gegen die Zurückhaltung von Ueberweisungssteuern. Dieser Widerspruch findet in der Zentrumsfraktion ein gewisses Echo, da sie unter dem Einfluß ihrer Mitglieder aus Süddeutschland Rücksichten föderalistischer Art nehmen muß. Aber auch die Kritik, die von seiten der Deutschen Volkspartei gegen die Erweiterung der Vermögens- und Erbschaftssteuer geübt wird, schlägt in der Zentrumsfraktion starke Wellen. Wenn sich der Reichskanzler Müller nicht sehr beeilt, die Regierungsparteien zu einer koalitionsmäßigen Geschlossenheit zusammenzuführen, dann wird man wohl bald vor der Tatsache stehen, daß jede Regierungspartei für sich ein Programm formuliert, um den Reichshaushaltsbedürfnissen nach eignem Geschmack gerecht zu werden, und dann werden die parlamentarischen Verhältnisse naturgemäß sehr kritisch werden. Im Augenblick ist auch für das seit Jahren vorbereitete und von Hilferding endlich herausgebrachte Steuervereinheitlichungsgesetz noch keine klare Mehrheit gefunden. Hier liegen die Dinge deshalb besonders schwierig, weil die Abändrungswünsche des Reichsrats in verschiedenen Einzelfragen eine Doppelvorlage notwendig machten und zudem einzelne Teile des Gesetzes verfassungsändernden Charakter haben. Dieses Steuervereinheitlichungsgesetz erheischt übrigens eine Beurteilung in doppelter Hinsicht, nämlich nach der politischen Seite hin als einer Etappe auf dem Wege der so notwendigen Reichsreform, und in wirtschaftlicher Hinsicht insofern, als der materielle Inhalt des Gesetzes bestimmte wirtschaftliche Interessen sehr eng berührt. Aber weder die politische noch die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gesetzesvorlage finden seitens der Regierungsparteien eine einhellige Beurteilung. Im Gegenteil, hier läuft das Für und Wider durch die Fraktionen bunt durcheinander.

Die erste Etappe der Zusammenarbeit mit dem Reichstag ist also für das neue Kabinett nicht gerade ein schöner Blumengarten. Gewiß hat es auch im vergangenen Jahre mit dem Reichstag zusammenarbeiten müssen. Aber da handelte es sich nicht um bedeutsame Gesetzesfragen. Bisher konnte es die Reichsregierung ohne besondern Prestigeverlust ziemlich leicht in Kauf nehmen, wenn die Regierungsparteien bis in die letzten Abstimmungen hinein verschiedener Meinung blieben. Auch war der Reichstag immer nur für kurze Frist zusammen. Die eigentliche Regierungsprobe hat erst jetzt begonnen, und die Opposition hat eine unheimliche Freude, daß diese Probe so mühsam ist wie selten eine vorher.

Monarchistische Regungen.

Unterdessen rüstet die Reaktion zu neuer Propaganda gegen das parlamentarische System. Dabei fällt der betonte monarchistische Charakter dieser Agitation auf. Der 70. Geburtstag des Exkaisers in Doorn hat unzweifelhaft das Signal dazu gegeben. Die Rechtspresse läßt sich, was sie in den bisherigen 10 Jahren des Bestehens der deutschen Republik niemals getan hat, jetzt aus Doorn erzählen, wie die Richtlinien für die deutsche Politik aussehen müßten. Wenn auch der Vermittler solcher exkaiserlichen Weisheit ein Amerikaner gewesen ist, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß diese Weisheit in Deutschland bestellt und auch in Deutschland fabriziert worden ist. Das monarchistische Gefühl hat übrigens nicht nur bei den Deutschnationalen neue Anregung bekommen, selbst in gewissen Zentrumskreisen hat es nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten gesucht. Man wird darüber vielleicht später einmal reden müssen. Von besonderm Interesse ist aber die Haltung des Stahlhelms, der bisher einer Beantwortung der Frage, ob sie monarchistisch oder republikanisch denke, immer gern ausgewichen ist. Sie bot allerdings in den letzten Monaten mancherlei Symptome eines verstärkten monarchistischen Einschlags. Der Glückwunsch, den er jetzt nach Doorn geschickt hat, vor allem aber das vorbehaltlose Treugelöbnis, mit dem die Stahlhelm-Bundeszeitung diesen Gruß begleitet hat, müssen als ein Zeugnis dafür genommen werden, daß diese Organisation zum mindesten die Wiederherstellung einer repräsentativen Monarchie herbeiwünscht. Unter der Führung Hugenbergs hat so die ganze antiparlamentarische Fronde einen monarchistischen Charakter bekommen. Der Kampf zwischen Republik und Monarchie ist noch nicht ausgekämpft. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß diese monarchische Bewegung weniger von den sogenannten Vorzügen der Monarchie lebt als vielmehr von den Schwierigkeiten, unter denen noch immer unser parlamentarischer Betrieb leidet. Je weniger die politischen Parteien in Deutschland sich den Voraussetzungen parlamentarischer Regierungsweise anbequemen wollen, um so mehr wird die antiparlamentarische Bewegung wieder Zulauf bekommen und der Wiederherstellung des Vorkriegsregimes die Wege ebnen können.

Fritz Lensen.

Innenpolitik zurzeit Trumpf

Innere Vorgänge bei Europas Großmächten.

So wichtig die außenpolitischen Fragen für die europäischen Großmächte auch sind (Reparationsfrage, der Machtkampf im Orient, Chinas Entwicklung u. a.), im Augenblick wird das Interesse der Völker am meisten durch innenpolitische Vorgänge gefesselt. Das gilt für uns in Deutschland, wo der Etat und die neuen Steuern, wo die damit zusammenhängende Regierungsumbildung, die die Große Koalition endgültig zustande bringen soll, im Vordergrund des Interesses stehen. Das ist nicht weniger bei den andern europäischen Großmächten, England und Rußland, Italien und Frankreich, der Fall.

In England.

Englands Politik wird naturgemäß durch die bevorstehenden Wahlen beherrscht. Die letzte Sitzungsperiode des Parlaments ist unter diesem Gesichtspunkt zu werten. Das Kommunalreformgesetz, das zur Debatte steht, war von den Konservativen ursprünglich als gute Wahlparole angesehen worden. Es ist das Gegenteil geworden. Denn nicht nur die Opposition der Arbeiterpartei und der Liberalen bekämpft das Gesetz wegen seiner reaktionären, unsozialen Bestimmungen, auch in konservativen Kreisen, soweit sie kommunalpolitisch interessiert sind, herrscht alles andre als Begeisterung. Soweit das Gesetz bei den Wahlen eine Rolle spielen wird, wird es den Konservativen nur schaden. Auch das letzte Budget, das der Finanzminister vor den Wahlen vorlegt, wird kaum auf die Wahlen zugeschnitten sein können. Ein solches Wahlbudget müßte entweder Steuerermäßigungen oder Erhöhung der sozialen Leistungen des Staates bringen. Wo Herr Churchill das Geld für derartige Agitationsmaßnahmen hernehmen soll, ist unklar. So rosig ist Englands Finanzlage nicht, daß der Finanzminister auf Steuern verzichten kann. In der Vergangenheit wird die konservative Regierung kaum gute Wahlparolen finden. Große Leistungen hat sie nicht aufzuweisen. So müssen Zukunftsversprechungen herhalten.

Der Ministerpräsident Baldwin hat den Wahlkampf bereits eröffnet. In einer öffentlichen Rede hat er sein Programm entwickelt. In England haben die Parteien ja keine starren Programme wie in Deutschland, sondern vor jeder Wahl geben die Parteiführer bekannt, welche Politik sie treiben würden, wenn das Volk ihnen die Regierung überträgt. Dem Führer ist dadurch eine viel weitergehende Macht in die Hand gegeben als dem deutschen Parteiführer, in dem immer noch ein Stück Funktionär steckt.

Baldwin hat also seine Parole ausgegeben. Da zur Zeit der Niederschrift dieses Artikels die englischen Zeitungen mit dem genauen Wortlaut der Rede noch nicht vorliegen, so müssen für unsre Beurteilung die Auszüge aus der deutschen Presse genügen. Danach spielte die Außenpolitik in der Rede keine Rolle. Verständlich, da sich Herr Chamberlain, Baldwins Außenminister, mit seinem Flottenabkommen mit Frankreich nicht gerade mit Ruhm bedeckt hat. Wir begreifen es, wenn Baldwin sich hier auf nichtssagende Allgemeinheiten beschränkt. Der Schwerpunkt der Rede liegt in der Innenpolitik, und zwar auf wirtschaftlichem Gebiet.

Seit Jahren ist die Arbeitslosenzahl in England nicht unter 1 Million heruntergegangen. Die drei wichtigen Grundindustrien (Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Textilindustrie) liegen darnieder. Hier knüpft die Opposition mit der Kritik an. Die Arbeiterpartei fordert eine planmäßige staatliche Wirtschaftspolitik, Kontrolle und Beeinflussung der Industrie durch den Staat, für den Bergbau die Verstaatlichung. Daß die Konservativen diese sozialistische Politik ablehnen, nimmt nicht wunder. Aber was sollen sie vorschlagen?

Nun, sie empfehlen das Allheilmittel der Denkfaulen: Schutzzoll. Er ist in England höchst unpopulär. Die Tradition spricht hier mit. Baldwin, der sich schon 1923 mit der Schutzzollparole eine kräftige Niederlage geholt hatte, ging nicht gern heran. Lange sträubte er sich. Doch die industriellen Geldgeber der Partei drängten; da auch einzelne Gewerkschaften (Wollindustrie) anfangen mit dem Schutzzoll zu liebäugeln, so glaubte Baldwin es schließlich doch wagen zu können. Er versprach also eine gemäßigte Schutzzollpolitik, aber ohne Lebensmittelzölle, die nun einmal beim englischen Volk zutiefst verhaßt sind. Die Verstaatlichungsforderung der Arbeiterpartei glaubte er — höchst oberflächlich — durch Hinweise auf die Erfahrungen in Rußland und in Deutschland, die diese Politik aufgegeben haben(?), bekämpfen zu können.

Also Schutzzoll und keine Reorganisation der Industrie, das ist die Wahlparole der Konservativen. Unfruchtbarer hat sich der Konservativismus nie gezeigt. Daß die Antwort des englischen Volkes deutlich sein wird, scheint sicher. Jede Nachwahl brachte konservative Verluste. Man kann dem Wahlergebnis in England — die Wahlen finden Ende Mai oder Anfang Juni statt — mit Spannung entgegensehen. Es ist auch weltpolitisch von Bedeutung.

„Wahlen" in Italien.

Auch in Italien stehen „Wahlen" bevor, wenn man dieses Wort für die „Komödie" gebrauchen will, die Mussolini der Welt vorspielt. Schon das jetzt aufgelöste Parlament trug diesen Namen kaum zu Recht. Zu sagen hatte es gar nichts. Es war nach einem grotesken Wahlrecht, das völlig auf fascistische Interessen zugestutzt war, gewählt worden. Die entschiedene Linksopposition hatten die Fascisten verjagt und ihnen einfach die Mandate aberkannt. Nur ein paar zahme rechtsliberale Oppositionelle wurden geduldet. Also eine Farce von Parlament. Und doch noch Demokratie gegen das, was bevorsteht.

Die künftigen „Wahlen" gehen folgendermaßen vonstatten. Die Ständeorganisationen und ein paar zugelassene kulturelle Verbände schlagen 1000 Namen vor. Der Große Fascistenrat, die höchste Parteiinstanz, wählt von den 1000 Vorgeschlagenen 400 aus. Ueber die Liste der 400 stimmt das Volk mit ja oder nein ab. Natürlich wird der Terror der Behörden dafür sorgen, daß die Mehrheit „ja" sagt. Und wenn sie selbst „nein" sagte, es würde nichts ändern. Dann würde Mussolini schon einen Weg finden, um seinen Leuten doch ihre Pöstchen zu beschaffen. Und wenn gar kein Parlament zustande käme, so würde auch das nichts bedeuten. Denn zu sagen hat das Parlament doch nichts; es darf die Regierung beraten, das ist aber auch alles.

„Im Westen nichts Neues"*)

Ueber ein neues Kriegsbuch.

Wenn das Wunder geschähe und ein Kriegsgewinnler plötzlich Gewissensbisse bekäme, so daß ihn die Frage peinigte, was er tun solle um gutzumachen, so wäre wahrscheinlich die beste, die richtigste Antwort: Kaufen Sie für sämtliches Geld, das Sie am Kriege verdient haben, Exemplare des soeben erschienenen Buches „Im Westen nichts Neues" von Erich Maria Remarque und schicken Sie die Bücher jungen, vom Nationalismus angesteckten Leuten ins Haus.

Sicher, nicht alle würden von diesem erschütternden Kriegsdokument gewandelt. Für manche würde der Krieg trotzdem das heroisch-begeisternde Gesicht behalten. Aber jene, die Gefühl und Geist und Phantasie genug besitzen, das Buch nachzuempfinden, die würden wohl an diesen 298 Seiten klarer sehen und reifer handeln lernen.

Sie würden Remarques Buch nicht nur einmal lesen, nicht nur einmal über dem Buch an Tränen würgen müssen.

Remarque erzählt das sagenhaft gewaltige Schicksal der Frontsoldatenjugend, jener Generation, „die vom Kriege zerstört wurde — auch wenn sie seinen Granaten entkam". Remarque will keine Anklage, kein Bekenntnis schreiben, er will nur den Versuch machen, ungeheuerliche Geschehnisse im Wort so lebendig zu machen, daß sie sich in jede menschliche Seele unvergeßlich einbrennen. Wenn wir sagen, daß ihm dieses Große, Schwere gelungen ist, ist dann der Wert seines Buches nicht erschöpfend klargestellt, seine Einzigartigkeit bezeugt?

Durch Remarques Buch schreitet eine Gruppe kriegsfreiwilliger Jugend, eben von der Schulbank, vom Kommißdrill rasch frontfertig gemacht, — junge Soldaten, die bald ihre lebensfremde „Bildung" vergessen haben und bei ihren proletarischen Kameraden mehr Führer- und Menschentum entdecken, als sie von wilhelminischen Oberlehrern gewohnt waren. Wir sehen diese ernüchterte, hart und bitter gewordene Frontjugend in den zerschossenen Schützengräben und sumpfigen Trichtern Flanderns hocken, in Trommelfeuer, Nahkämpfen und Gasangriffen dahinschmelzen, in schauerlich leidvollen Lazaretten sterben. Wir hören ihre Gespräche, die nach Ursache und Sinn des Krieges suchen. Wir sehen sie — innerlich heimatlos — auf Heimaturlaub unter kranken, hungernden Eltern, begönnert von daheim gebliebenen Pädaggen, die Stammtischhelden sind. Wir fühlen die verschüttete Sehnsucht nach Liebe und Freude und das Ersticken in Hoffnungslosigkeit und Grauen.

Das ist Jugend, die von sich sagt:

„Der Krieg hat uns weggeschwemmt. Für die andern, die Aeltern, ist er eine Unterbrechung, sie können über ihn hinausdenken. Wir aber sind von ihm ergriffen worden und wissen nicht, wie das enden soll." — „Der Krieg hat uns für alles verdorben." — „Wir waren 18 Jahre und begannen die Welt und das Dasein zu lieben; wir mußten darauf schießen. Die erste Granate, die einschlug, traf in unser Herz. Wir sind abgeschlossen vom Tätigen, vom Streben, vom Fortschritt. Wir glauben nicht mehr daran; wir glauben an den Krieg." — „Wir sind verbrannt von Tatsachen, wir kennen Unterschiede wie Händler und Notwendigkeiten wie Schlächter. Wir sind nicht mehr unbekümmert — wir sind fürchterlich gleichgültig. . . . Wir sind verlassen wie Kinder und erfahren wie alte Leute, wir sind roh und traurig und oberflächlich, — ich glaube, wir sind verloren." — „Es kann nicht sein, daß es fort ist, das Weiche, das unser Blut unruhig machte, das Ungewisse, Bestürzende, Kommende, die tausend Gesichter der Zukunft, die Melodie aus Träumen und Büchern, das Rauschen und die Ahnung der Frauen, es kann nicht sein, daß es untergegangen ist in Trommelfeuer, Verzweiflung und Mannschaftsbordells." — „Was werden unsre Väter tun, wenn wir einmal aufstehen und vor sie hintreten und Rechenschaft fordern? Was erwarten sie von uns, wenn eine Zeit kommt, wo kein Krieg ist? Jahre hindurch war unsre Beschäftigung Töten — es war unser erster Beruf im Dasein. Unser Wissen vom Leben beschränkt sich auf den Tod. Was soll danach noch geschehen und was soll aus uns werden?"

„. . . All das, was jetzt, solange wir im Kriege sind, versackt in uns wie ein Stein, wird nach dem Kriege wieder aufwachen, und dann beginnt erst die Auseinandersetzung auf Leben und Tod. Die Tage, die Wochen, die Jahre hier vorn werden noch einmal zurückkommen, und unsre toten Kameraden werden dann aufstehen und mit uns marschieren, unsre Köpfe werden klar sein, wir werden ein Ziel haben, und so werden wir marschieren, unsre toten Kameraden neben uns, die Jahre der Front hinter uns: — gegen wen, gegen wen?"

An diesem Buche kann niemand vorbei. Es steht, ein Monument, solange in Deutschland noch vom Weltkrieg eine Kunde geht. —

*) „Im Westen nichts Neues." Von Erich Maria Remarque. 289 Seiten. Erschienen im Propyläen-Verlag, Berlin 1929.

Rache an Kantorek

Aus „Im Westen nichts Neues" von E. M. Remarque.

Gymnasiallehrer Kantorek hatte seiner sonst nicht sehr von ihm erbauten Klasse so lange patriotische Vorträge gehalten, bis sie unter seiner Führung geschlossen zum Bezirkskommando zog und sich freiwillig meldete. Er selbst blieb daheim und wurde erst gegen Ende des Krieges als Landsturmmann eingezogen. Einer jener Freiwilligen — die Mehrzahl war bereits gefallen — wird der militärische Vorgesetzte seines Lehrers. Der Zorn und die Verachtung über diesen hohlen, verantwortungslosen Phraseur entlädt sich in der Art der Ausbildung, die ihm sein Schüler zuteil werden läßt, und die in folgendem beschrieben wird.

Mittelstädt hat eine Neuigkeit parat, die mich sofort elektrisiert. Er erzählt mir, daß Kantorek eingezogen worden sei als Landsturmmann.

„Stell dir vor," sagte er und holt ein paar gute Zigarren heraus, „ich komme aus dem Lazarett hierher und falle gleich über ihn. Er streckt mir seine Pfote entgegen und quakt: Sieh da, Mittelstädt, wie geht es denn? — Ich sehe ihn groß an und antworte: Landsturmmann Kantorek, Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps, das sollten Sie selbst am besten wissen. Nehmen Sie Haltung an, wenn Sie mit einem Vorgesetzten reden! — Du hättest sein Gesicht sehen müssen! Eine Kreuzung aus Essiggurke und Blindgänger. Zögernd versuchte er noch einmal sich anzubiedern. Da schnauze ich etwas schärfer. Nun führte er seine stärkste Batterie ins Gefecht und fragte ver-

Die Macht liegt beim Duce und beim Großen Fascistenrat, in dem Mussolinis Vertrauensmänner sitzen. Edle Charakterhelden zumeist, vom Schlage des Herrn Giampolo, bislang fascistischer Generalsekretär der größten italienischen Stadt Mailand. Jetzt ist er verschwunden. Wohin? Man weiß es nicht. Man munkelt, er habe seinerzeit das Mailänder Attentat gegen den König organisiert, um eine „kleine Hetz" gegen die Antifascisten zu provozieren; andre sagen, er sei ein Wechselfälscher. Jedenfalls ein Ehrenmann, wert im Großen Fascistenrat zu sitzen. Denn Italien ist ein Ordnungsstaat, in dem es kein herrschendes Parlament, also keine Korruption gibt, sagt Herr Hugenberg. Und darum muß es ja wohl so stimmen.

Stalin kämpft um die Macht.

Auch in Rußland wurden kürzlich die Sowjets gewählt. Selbst die „Rote Fahne" hat nur ein paar Zeilen für dieses „wichtige Ereignis" übrig gehabt. Der Wille des arbeitenden Volkes gilt ja im Sowjetstaat schon lange nichts mehr. Oppositionelle dürfen nicht gewählt werden, nur Kommunisten oder Parteilose, die in kleiner Zahl gnädig geduldet werden. Da der Sowjetkongreß auf indirekte Weise gewählt wird, wobei natürlich sorgfältig gesiebt wird, ist die Zahl der Parteilosen dort recht gering. Der Sowjetkongreß hat zwar auf dem Papier alle Rechte, aber da er fast nie tagt, so liegt die tatsächliche Macht in der Hand derer, die die Parteimaschine beherrschen. Und der beste Maschinenpolitiker ist Stalin.

Eine klare politische Linie besitzt er nicht. Bald arbeitet er mit dem rechten Flügel gegen den linken, bald umgekehrt. Mit Hilfe des rechten Flügels (Rykow, Bucharin) hob er Trotzki, Sinowjew und Kamenew, die eine mehr proletarische Politik forderten, aus dem Sattel. Jetzt strebt Stalin wieder mehr nach links und versucht den Einfluß der bauernfreundlichen Rechten zurückzudrängen (Bucharin ist bereits „beurlaubt"). Wie Rußland mit dieser auf egoistisch-persönlicher Grundlage beruhenden Politik wirtschaftlich hochkommen will, das ist Stalins Geheimnis. Vor diesem persönlichen Machtkampf, der seine Wirkungen auch bei den kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands zeigte, treten alle Wahlen in Sowjetrußland in den Schatten. Das Volk mag wählen wie es will, Stalin sitzt an der Maschine. Wie lange noch?

Rechts und links in Frankreich.

Von Wahlpsychose kann man in Frankreich nicht reden. Bis zur nächsten Wahl sind noch drei Jahre Zeit. Aber die innerpolitischen Kämpfe lassen dennoch an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig. Nachdem der durch die Inflation erzwungene Burgfrieden aufgehört hat, beginnt die Scheidung der Geister in rechts und links von neuem in aller Schärfe.

Die Radikalsozialisten, die bürgerliche Linkspartei, die dem Zerfall nahe schien, hat vorläufig ihre Einheit wiedergefunden. Nahezu geschlossen trat sie in den Kampf gegen Poincaré ein, dem sie vorwarf, er verteidige Demokratie und Parlamentarismus zu lau gegen die schmutzigen Angriffe der Reaktion, die unter Führung des französischen Hugenberg, des Parfümfabrikanten Coty, kämpft. Poincaré bekannte sich zwar erneut als treuer Demokrat, aber er konnte es dennoch nicht hindern, daß die ganze überzeugte Linke gegen ihn stimmte. Selbst seine fünf Linksminister nutzten ihm nichts. Poincaré erhielt zwar dank der Hilfe des linken Zentrums eine knappe Mehrheit, aber die Mehrheit umfaßt so verschiedenartige Elemente, daß Poincaré nicht in der Lage ist, der Opposition ein positives Regierungsprogramm entgegenzusetzen. Poincaré, der im Grunde eher links als rechts steht, ist Gefangener der Rechten, die ihre Macht natürlich ausnutzt.

In einer Frage allerdings kann man von der Trennung zwischen rechts und links nichts merken, das ist die elsässische Frage. Dem Autonomistenproblem stehen alle Parteien hilflos gegenüber. Dabei sollten die Nachwahlen der letzten Zeit doch zeigen, daß hier für Frankreich viel auf dem Spiele steht. In Kolmar und Altkirch wurden wieder Autonomisten mit erheblicher Mehrheit gewählt. Immer deutlicher zeigt sich, daß die elsässische Bevölkerung unzufrieden ist. Selbst der Bischof von Straßburg konnte die Wahl der Autonomisten nicht verhindern. So einfach wie die Linke das Problem ansieht — sie wittert hinter allem nur eine klerikale Mache —, ist es nicht, so einfach wie die Rechte meint — sie macht im Gegenteil die antiklerikale Politik von Paris verantwortlich —, erst recht nicht. Und so, wie manche deutsche Nationalisten meinen, die schon glauben, das Elsaß wolle zu Deutschland zurück, am allerwenigsten.

Die Tragik des Landes will es, daß die Bevölkerung deutschen Stammes ist, aber die größten Stunden seiner Geschichte — die große Revolution — im Rahmen Frankreichs erlebte. So steht es zwischen den Völkern, versteht beide nicht, und das Schicksal verurteilte es dazu, die beiden Länder zu trennen, anstatt sie zu verbinden. Die Debatte, die sich in diesen Tagen in der Pariser Kammer abspielt, zeigt nur, daß man dort die Seele des Elsaß ebensowenig versteht, wie seinerzeit in Deutschland, als man das unglückliche Land durch sture ostelbische Junker verwalten ließ.

Das Elsaß will bei Frankreich bleiben, selbst die Autonomisten betonen das immer wieder, aber es will dort nach eigner Art leben, es fordert Selbstverwaltung und will nicht von Paris wie ein unreifes Kind gegängelt werden. Wird man in Paris Einsicht haben, ehe es zu spät ist? Oder wird man sich weiter um Klerikalismus und Laiengesetze den Kopf zerbrechen, wo doch ganz andre Dinge auf dem Spiele stehen? Der Kampf zwischen rechts und links, zwischen Demokratie und Reaktion, ist gesund, die Einheitsfront gegenüber dem Elsaß ist ungesund.

Dr. G. Warburg.

„Das Reichsbanner"

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V.

veröffentlichte in der letzten Zeit politische Beiträge von

Dr. Dr. Abegg, Dr. Bohner, Adolf Damaschke, Dr. David, General von Deimling, Dr. Julius Deutsch (Wien), Anton Erkelenz, Dr. Eugen Fischer, Prof. Fr. W. Goetz, Peter Graßmann, Karl Grobbel, Dr. Ludwig Haas, Dr. Haubach, Major a. D. Hauff, Dr. Ludwig Herz, Dr Theodor Heuß, Kurt Heinig, Prof. Dr. Martin Hobohm, Prof. Hüter, J. Joos, Paul Kampffmeyer, Prof. Fritz Keller, Ernst Klein, Erich Koch (Weser), General Koerner (Wien), Dr. H. Krohne, Paul Löbe, Hermann Martin (Leipzig), Wilhelm Michel, Prof. Dr. Mommsen, Dr. K. Müller (Potsdam), Erwin Niffka, Prof. Nölting, Dr. Max Quarck (Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Radbruch, H. Könneburg, Ph. Scheidemann, General Schneller (Wien), Dr. Hermann Schützinger, Karl Severing, Wilhelm Sollmann, Dr. Spiecker, Werner Stephan, Dr. Teipel, Prof. Dr. Tönnies, Prof. Dr Veit Valentin, Dr. Warburg, Prof. Dr. Wehberg, Hermann Wendel, Dr. Joseph Wirth.

Literarische Beiträge von:

Jakob Altmayer, Julius Hab, Ludwig Höte, Rudolf G. Binding, Robert Breuer, Karl Bröger, Hans Carossa, Erwin Frehe, Gustav Frenssen, Ernst Glaeser, H. Hieber, Otto Krille, Heinrich Lersch, Gustav Leuteritz, Thomas Mann, Stadtbaurat May (Frankfurt a. M.), Balder Olden, Walter G. Oschilewsky, Ludwig Renn, Willi Steiger, Otto Ernst Sutter, Georg von der Vring, Fritz von Unruh.

Jeder werbe für

„Das Reichsbanner"

die Zeitung des deutschen Republikaners

Eine „Palastrevolution" im Reichsbanner

Verschiedene Rechtsblätter, die sich „hervorragend informiert" stellen und über das Reichsbanner angeblich alles „aus zuverlässiger Quelle" erfahren, behaupten, im Reichsbanner ginge eine „Palastrevolution" vor sich. Führende Männer des Zentrums und der Demokratischen Partei hätten an den Bundesvorstand das Ansinnen gestellt, er möge sofort General v. Schoenaich wegen seiner Kriegsdienstverweigerungspropaganda ausschließen, andernfalls sie selbst aus dem Reichsbanner austreten würden.

Diese klugtuenden Rechtsblätter haben geschwindelt. An den Bundesvorstand des Reichsbanners ist kein derartiger Antrag gerichtet worden. Der wäre auch höchst überflüssig, da sowohl die Demokraten wie die Zentrumsmitglieder, als auch alle andern unsre Bundespresse aufmerksam lesenden Leute wissen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit der Kriegsdienstverweigerungspropaganda des Generals v. Schoenaich nichts zu tun hat und sie ablehnt.

Eine weitere verlogene Behauptung der Rechtspresse, wonach der Ausschluß der Hildesheimer Ortsgruppe des Reichsbanners wegen ihrer in einem zurückliegenden Stadium vorgenommenen Unterstützung des „Andern Deutschlands" verlangt worden sei, ist mit der Feststellung erledigt, daß auch unsre Hildesheimer Kameraden jetzt der Meinung sind, eine Zusammenarbeit des Reichsbanners mit radikalpazifistischen Organisationen sei abzulehnen.

Die Rechtspresse braucht sich also keine Sorgen mehr um eine „Gefährdung des gesamten Bestandes des Reichsbanners" zu machen. —

Das Reichsbanner in Danzig

Der Bund Danziger Republikaner im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete eine bedeutsame Gründungsfeier. Zum ersten Male trat damit der Bund mit einer eignen Veranstaltung an die Oeffentlichkeit. Unter den Teilnehmern bemerkte man Senatsvizepräsidenten Geh. und die Senatoren Dr. Blum, Berendt, Arczynski, Grünhagen und Ramminger. Auch ein Vertreter des hiesigen deutschen Generalkonsuls war anwesend.

Das Festprogramm bestand aus musikalischen Vorträgen der Kapelle der Schutzpolizei unter Leitung von Obermusikmeister Ernst Stieberitz und Gesängen des Freien Volkschors unter Leitung von Oskar Sach. Von der Gymnastik-Abteilung der Freien Turnerschaft Danzig unter Leitung von Paul Neumann wurden gymnastische Vorführungen geboten.

Der Vorsitzende des Bundes, Eugen Werner, begrüßte die zahlreich Erschienenen. Senatsvizepräsident Gehl hielt die Festansprache. Zehn Jahre sind es her, daß Deutschland sich eine freiheitliche republikanische Verfassung gab. Wenn nach dem Niederbruch des Deutschen Reiches durch den Krieg wieder ein Aufstieg wahrzunehmen ist, so könne man das in erster Linie der Weimarer Verfassung verdanken. Aber eine Republik kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf demokratischer Grundlage beruht. Hier ist der Hebel anzusetzen. Obwohl heute die Republik gefestigt dastände, habe sie doch noch Feinde, die die freiheitliche Verfassung beseitigen wollen. In allen Staaten seien heute fascistische Kräfte am Werke. Gegen diese Internationale des Fascismus müsse unter Einsatz der ganzen Persönlichkeit vorgegangen werden. Es komme darauf an, die Volksherrschaft immer mehr und mehr zu vertiefen. Das Reichsbanner habe dabei die Mission einer Schutzwehr für die Demokratie gegen den Fascismus und die Militärdiktatur zu erfüllen. Das Reichsbanner leiste die Gewähr dafür daß sich das deutsche Volk im besten Sinne national entwickeln könne. Auch in Danzig liege dem Bunde die Aufgabe ob, gegen alle reaktionären Bestrebungen Front zu machen. Senatsvizepräsident Gehl schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Entwicklung des Reichsbanners. —

Ein Messeabend des Leipzigers Reichsbanners

Am 5. März veranstaltet das Reichsbanner wie alljährlich für die anläßlich der Frühjahrsmesse in Leipzig anwesenden in- und ausländischen Reichsbannerkameraden und Republikaner einen Messeabend im Festsaal des Volkshauses zu Leipzig. Der Bundesvorsitzende, Otto Hörsing, hat in diesem Jahre selbst die Ansprache übernommen. Neben der Reichsbannerkapelle Leipzig haben Mitwirkung zugesagt: Frau Lina Carstens, Mitglied der städtischen Theater; Walter Kretzschmar (Leipzig), Lieder zur Laute, und die Leipziger Musterschule für Turnen und Sport. Bei der außerordentlich großen Nachfrage nach Plätzen werden die auswärtigen Gäste gebeten, rechtzeitig ihre Anmeldung an die Geschäftsstelle, Leipzig C 1, Gellertstraße 7/9, einzusenden. —

Reichsbanner-Beobachter

Komödie der Justiz.

Am 6. Dezember 1925, abends gegen 11.15 Uhr, kam die Kameradschaft Duisburg-Laar von einer Fahnenweihe in geschlossenem Zuge zurück. Auf Veranlassung eines Mitgliedes wurde das Spiel gerührt, das der Kameradschaftsführer aber der späten Stunde wegen abbrechen ließ. Im gleichen Augenblick schritt ein Polizeiwachtmeister ein, und es kam zu einer Auseinandersetzung, die aber keine erheblichen Folgen hatte. Aus diesem Anlaß wurde gegen den Kameradschaftsführer und sechs weitere Kameraden Anklage wegen Aufruhrs erhoben.

Und nun der Verlauf des Prozesses:

Das Schöffengericht Duisburg 2 erkannte am 18. Juni 1926 gegen die sieben Kameraden, die ohne Verteidiger vor Gericht erschienen waren, auf sechs Monate Gefängnis.

Die 3. Große Strafkammer des Landgerichts in Duisburg sprach am 12. Oktober 1926 in der Berufungsverhandlung die Angeklagten frei unter Auferlegung der Kosten auf die Staatskasse.

Darauf Revision beim Reichsgericht. Der 3. Strafsenat hob am 3. Februar 1927 das Urteil bezüglich des Kameradschaftsführers auf und wies darauf hin, daß er wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu bestrafen gewesen wäre.

---

traulich: Soll ich Ihnen vermitteln, daß Sie Nötegamen machen? Er wollte mich erinnern, verstehst du. Da packte mich die Wut, und ich erinnerte ihn auch. Landsturmmann Kantorek, vor zwei Jahren haben Sie uns zum Bezirkskommando gepredigt; darunter auch den Joseph Behm, der eigentlich nicht wollte. Er fiel drei Monate, bevor er eingezogen worden wäre. Ohne Sie hätte er solange gewartet. Und jetzt: Wegtreten. Wir sprechen uns noch! — Es war mir leicht, seiner Kompanie zugeteilt zu werden. Als erstes nahm ich ihn mit zur Kammer und sorgte für eine hübsche Ausrüstung. Du wirst ihn gleich sehen."

Wir gehen auf den Hof. Die Kompanie ist angetreten. Mittelstädt läßt rühren und besichtigt.

Da erblicke ich Kantorek und muß das Lachen verbeißen. Er trägt eine Art Schoßrock aus verblichenem Blau. Auf dem Rücken und an den Aermeln sind große dunkle Flicken eingesetzt. Der Rock muß einem Riesen gehört haben. Nur so kürzer ist die abgewetzte schwarze Hose; sie reicht bis zur halben Wade. Dafür sind aber die Schuhe sehr geräumig eisenharte, uralte Treter, mit hochgebogenen Spitzen, noch an den Seiten zu schnüren. Als Ausgleich ist die Mütze wieder zu klein, ein furchtbar dreckiges, elendes Krätzchen. Der Gesamteindruck ist erbarmungswürdig.

Mittelstädt bleibt stehen vor ihm: „Landsturmmann Kantorek, ist das Knopfputz? Sie scheinen es nie zu lernen. Ungenügend, Kantorek, ungenügend."

Ich brülle innerlich vor Vergnügen. Genau so hat Kantorek in der Schule Mittelstädt getadelt, mit demselben Tonfall „ungenügend, Mittelstädt, ungenügend"

Mittelstädt mißbilligt weiter: „Sehen Sie sich mal Böttcher an, der ist vorbildlich, von dem können Sie lernen."

Ich traue meinen Augen kaum. Böttcher ist ja auch da, Böttcher, unser Schulportier. Und der ist vorbildlich! Kantorek schießt mir einen Blick zu, als ob er mich fressen möchte. Ich aber grinse ihm harmlos in die Visage, so als ob ich ihn gar nicht weiter kenne.

Wie blödsinnig er aussieht mit seinem Krätzchen und seiner Uniform! Und vor so was hat man früher eine Heidenangst gehabt, wenn es auf dem Katheder thronte und einem mit dem Bleistift aufspießte bei den unregelmäßigen französischen Verben, mit denen man nachher in Frankreich doch nichts anfangen konnte.

Es ist noch kaum zwei Jahre her; — und jetzt steht hier der Landsturmmann Kantorek, jäh entzückert, mit krummen Knien und Armen wie Topfhenkeln, mit schlechtem Knopfputz und in lächerlicher Haltung, ein unmöglicher Soldat. Ich kann ihn mir nicht mehr zusammenreimen mit dem drohenden Blick auf dem Katheder, und ich möchte wirklich gern mal wissen, was ich machen werde, wenn dieser Jammerpelz mich alten Soldaten jemals wieder fragen darf: „Bäumer, nennen Sie das Imparfait von aller —"

Vorläufig läßt Mittelstädt etwas Schwärmen üben. Kantorek wird dabei wohlwollend von ihm zum Gruppenführer bestimmt.

Damit hat es eine besondere Bewandtnis. Der Gruppenführer muß beim Schwärmen nämlich stets zwanzig Schritte vor seiner Gruppe sein; — kommandiert man nun: Kehrt — marsch, so macht die Schwarmlinie nur die Wendung, der Gruppenführer jedoch, der dadurch plötzlich zwanzig Schritte hinter der Linie ist, muß im Galopp vorstürzen, um wieder seine zwanzig Schritte vor die Gruppe zu kommen. Das sind zusammen vierzig Schritte Marsch — marsch. Kaum ist er aber angelangt, so wird einfach wieder Kehrt — marsch befohlen, und er muß eiligst wieder vierzig Schritte nach der andern Seite rasen. Auf diese Weise macht die Gruppe nur gemütlich immer eine Wendung und ein paar Schritte, während der Gruppenführer hin und her saust wie ein Furz auf der Gardinenstange. Das ganze ist eins der vielen probaten Rezepte von Himmelstoß*).

Kantorek kann von Mittelstädt nichts andres verlangen, denn er hat ihm einmal eine Versetzung vermurkst, und Mittelstädt wäre schön dumm, diese gute Gelegenheit nicht auszunutzen, bevor er wieder ins Feld kommt. Man stirbt doch vielleicht etwas leichter, wenn der Kommiß einem auch einmal solche Chance geboten hat.

Einstweilen schritt Kantorek hin und her wie ein aufgescheuchtes Wildschein. Nach einiger Zeit läßt Mittelstädt aufhören und nun beginnt die so wichtige Uebung des Kriechens. Auf Knien und Ellbogen, die Knarre vorschriftsmäßig gefaßt, schiebt Kantorek seine Prachtfigur durch den Sand, dicht an uns vorbei. Er schnauft kräftig, und sein Schnaufen ist Musik.

Mittelstädt ermuntert ihn, indem er den Landsturmmann Kantorek mit Zitaten des Oberlehrers Kantorek tröstet. „Landsturmmann Kantorek, wir haben das Glück in einer großen Zeit zu leben, da müssen wir alle uns zusammenreißen und auch einmal das Bittere überwinden."

Kantorek spuckt ein schmutziges Stück Holz aus, das ihm zwischen die Zähne gekommen ist, und schwitzt.

Mittelstädt beugt sich nieder, beschwörend eindringlich: „Und über Kleinigkeiten niemals das große Erlebnis vergessen, Landsturmmann Kantorek!"

Mich wundert, daß Kantorek nicht mit einem Knall zerplatzt, besonders, da jetzt die Turnstunde folgt, in der Mittelstädt ihn großartig kopiert, indem er ihm in den Hosenboden faßt beim Klimmzug am Querbaum, damit er das Kinn stramm über die Stange bringen kann, und dazu von weisen Reden nur so trieft. Genau so hat Kantorek es früher mit ihm gemacht.

Danach wird der weitere Dienst verteilt. „Kantorek und Böttcher zum Kommißbrotholen! Nehmen Sie den Handwagen mit!"

Ein paar Minuten später geht das Paar mit dem Handwagen los. Kantorek hält wütend den Kopf gesenkt. Der Portier ist stolz, weil er leichten Dienst hat.

Die Brotfabrik ist am andern Ende der Stadt. Beide müssen also hin und zurück durch die ganze Stadt.

„Großartig," sage ich, „aber hat er sich noch nicht beschwert?"

„Versucht!" Unser Kommandeur hat furchtbar gelacht, als er die Geschichte gehört hat. Er kann keine Schulmeister leiden. Außerdem poussiere ich mit seiner Tochter."

„Er wird dir das Examen versauen."

„Darauf pfeife ich," meinte Mittelstädt gelassen. „Seine Beschwerde ist außerdem zwecklos gewesen, weil ich beweisen kann, daß er meistens leichten Dienst hat."

„Könntest du ihn nicht mal ganz groß schleifen?" frage ich.

„Dazu ist er mir zu dämlich," antwortete Mittelstädt erhaben und großzügig. —

*) Himmelstoß ist ein Ausbildungsunteroffizier, der die erwähnten Freiwilligen in niederträchtigster Weise schikaniert hatte und dafür eines Tages auch sein „Fett" bekam.

In diesem Umfang wurde die Sache an das Landgericht Duisburg zurückverwiesen.

Die 4. Große Strafkammer des Landgerichts Duisburg sprach am 15. Juni 1927 den Angeklagten wiederum frei.

Darauf erneute Revision am Reichsgericht, dessen 6. Strafsenat in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1927 das Urteil wiederum aufhob und die Sache an das Landgericht Düsseldorf verwies.

Aber auch das Landgericht Düsseldorf erkannte am 15. März 1928 auf Freisprechung.

Jetzt dritte Revision beim Reichsgericht und wieder am 22. Oktober 1928 Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung an das Landgericht in Krefeld

Am 7. Januar 1929 beschäftigte sich das Landgericht Krefeld mit der Sache und beschloß Einstellung des Verfahrens auf Grund der Hindenburg-Amnestie. Es heißt, daß die Staatsanwaltschaft gegen diesen Gerichtsbeschluß zum vierten Male das Reichsgericht bemühen will

Und was ist der Kern dieses Verfahrens, in dem bisher 39 Richter Recht gesprochen haben und das sich jahrelang von einer Instanz zur andern schleppt? Die Frage, ob der Kameradschaftsführer gewußt hat, daß er es mit einem Beamten im Sinne des § 113 des Strafgesetzbuchs zu tun hatte und doch noch eine Mark Strafe von Rechts wegen zahlen muß. Fürwahr, man ist versucht, es ein Narrenspiel zu nennen. —

*

Der Geburtstag in Doorn.

„Reg' dein Herz sich nimmer,
daß du ihn vergißt,
der auch heut noch immer
Deutschlands Kaiser ist."

(Aus „Duesterbergs „Altem Dessauer", Nr. 4, vom 6. 1. 29.)

Es ist für die Republikaner nicht uninteressant zu hören, wer in Doorn an Wilhelms 70. Geburtstag persönlich Kratzfüßchen gemacht hat. Erschienen waren u. a. als „Vertreter der alten preußischen Armee" Generalfeldmarschall von Mackensen, als „Vertreter der alten bayrischen Armee" General Frhr. von Gebsattel, als „Vertreter der alten Marine" Admiral von Schröder. Ferner hatten sich in „germanischer Mannentreue" eingefunden: General von Hutier, Admiral Schmidt, General von Cramon, Graf Goltz, Vorsitzender der Vereinigten vaterländischen Verbände, General von Horn, Vorsitzender des Kyffhäuserbundes, Admiral Roesing, Vorsitzender des Bundes deutscher Marinevereine, außerdem als „Vertreter der alten Leibregimenter" u. a. General v. Friedeburg (1. Garde-Rgt.), General Frhr. von Richthofen (Garde-du-Korps-Rgt.), General von Pfuel (Königsulanen), General von Seydlitz (sächs. Grenadiere), Oberst Unna (6. Bayr. Inf.-Rgt.).

Bezeichnend für die neuerdings wieder stärker hervortretende reaktionäre Haltung des Kyffhäuserbundes ist, daß die letzte Nummer seiner Zeitung in Wort und Bild ganz auf Wilhelms Geburtstag eingestellt war. Man genieße folgenden Schmus:

„Verbannt aus seinem Volke, dem allein die Arbeit seines Lebens galt . . .

Im Mitgefühl für einen Mann, der aus ganzer Seele das Beste für sein Volk gewollt hat . . .

. . . die von bestem Wollen getragenen Taten Kaiser Wilhelms II., der das deutsche Volk zur Weltgeltung führte . . .

Wie einst über die Kriegsschuld Wahrheit kommen wird, so wird sie auch über Kaiser Wilhelm II. erschlossen werden, dem wir Soldaten insbesondere den Stolz unsrer Erinnerung, die herrliche alte deutsche Armee und Marine danken . . .

Solange es eine objektive Geschichtschreibung gibt, wird sie Kaiser Wilhelm II. als einen persönlich trefflichen Soldaten und als einen organisatorisch glänzend beanlagten Kriegsherrn nennen . . ."

Wie man sieht, hat die Sehnsucht nach Kaiserparaden das bißchen Vernunft, das einmal bei dem Führer der Kriegervereine sich endlich einzustellen schien, restlos erschlagen. —

*

Der monarchistische Stahlhelm.

In der letzten Nummer des „Stahlhelms" finden wir folgendes Telegramm, das die Bundesleitung an den Exkaiser in Doorn abgesandt hat:

Dem obersten Kriegsherrn der unbesiegten Wehrmacht senden Hunderttausende im Stahlhelm Bund der Frontsoldaten, vereinigte ehemalige deutsche Soldaten zum 70. Geburtstag herzliche Glückwünsche und ehrfurchtsvolle Grüße.

Die Bundesführer: Seldte. Duesterberg.

Die Stahlhelmzeitung veröffentlicht dann noch einen schwulstigen Geburtstagsartikel, und auch die Jugendbeilage der Hosenmätze des Jungstahlhelms gedenkt des „obersten Kriegsherrn in der Ehrfurcht, die einem Träger geschichtlicher Bedeutung gebührt".

Uns kann es recht sein, wenn sich der Stahlhelm immer offner zu einer Garde des Hohenzollernhauses erklärt. Aber er soll sich dabei nicht, wie es in dem erwähnten Aufsatz geschieht, auf die Eigenschaft der Treue berufen. Bei seiner Gründung bekannte er sich zur demokratischen Republik. Und wenn er nun plötzlich die Anhänglichkeit an den Kaiser herausholt, die er selbst einst in die Ecke gestellt hat, dann ist das eben nichts andres als ein neues Zeichen für die große Wandlungsfähigkeit, die der Stahlhelm schon oft bewiesen hat. —

*

Zehn Jahre Stahlhelm.

Der Stahlhelm hielt in Magdeburg einen Reichsführerappell ab, über den wir in unsrer letzten Nummer ausführlich berichtet haben. Aus diesem Anlaß gab der Rechtsanwalt Martin (Leipzig), der unsern Lesern als einer der besten Kenner der rechtsradikalen Bewegung bekannt ist, eine Denkschrift „Zehn Jahre Stahlhelm" heraus. Martin war Vertreter der preußischen Regierung in dem Verfahren gegen Viking und Olympia und hat in dieser Eigenschaft auch Einsicht in die Akten gegen Claß wegen Vorbereitung des Hochverrats nehmen können. Nach Martins Auffassung ist das Ziel des Stahlhelms die Wiederherstellung der Monarchie auf dem Wege über die Nationaldiktatur. Er sagt u. a.:

Vor zwei Jahren noch schien es, als ob der monarchische Gedanke im Stahlhelm ausgestorben sei. Heute nehmen an allen großen Tagungen mehrere Hohenzollernprinzen teil. Die Söhne des Kaisers, mit Ausnahme des Kronprinzen, und auch der Enkel, der einmal die Kaiserkrone tragen sollte, haben im Jahre 1927 das Stahlhelmabzeichen genommen und tragen es auch. Würden sie das tun, wenn der Bund nicht die Wiederherstellung der Monarchie in seinen Willen aufgenommen hätte? Gibt es nun in der Weltgeschichte ein Beispiel dafür, daß ein gestürzter Thron lediglich mit geistigen Waffen und mit dem Stimmzettel wieder aufgerichtet worden ist? Die Folgen einer Revolution können nur durch eine Gegenrevolution wieder beseitigt werden.

Den Zeitpunkt für den Vorstoß des Stahlhelms erwartet Martin, wie er seinerzeit bereits im „Reichsbanner" dargelegt hat, für die Zeit der nächsten Reichspräsidentenwahl. Vielleicht wird aber ein Scheitern des Volksbegehrens den Stahlhelm so sehr in der Oeffentlichkeit diskreditiert haben, daß er auf einen Erfolg nicht mehr rechnen kann. Auf jeden Fall aber ist größte Wachsamkeit geboten. —

Unser Braunschweiger Gausekretariat, dessen Hausfahne nachts gestohlen wurde.

Braunschweiger Fahnendiebe.

Aus Anlaß der Lessingfeiern in Braunschweig hatte auch das Gaubureau des Reichsbanners geflaggt. In der Nacht vom 19. zum 20. Januar ist die Fahne des Gaues gestohlen worden. Der Täter ist in das im Erdgeschoß liegende Fenster gestiegen und hat sich an die etwa fünf Meter lange Fahne gehängt. So mußte die Fahnenstange oberhalb der Befestigung zersplittern. Die an der Hauswand noch sichtbaren Troddeln sind vom Fahnenstück abgeschnitten worden. Das Tuch und die obere Hälfte der Fahnenstange sind geraubt worden. Die Flagge war die einzige schwarzrotgoldene Fahne auf dem sonst leider nur rotweiß geschmückten Bruchtorwall.

Die Nachforschungen nach den Tätern haben bisher ergeben, daß der Raub am Sonntagmorgen kurz nach 4 Uhr erfolgt ist. Der Räuber ist ungefähr 25 Jahre alt. Der Sekretär des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei, Lück, der zufällig des Weges kam, nahm sofort, als er das Zersplittern der Fahnenstange hörte, die Verfolgung des Täters auf, konnte ihn aber nicht mehr erreichen. Der Täter hatte die Fahne zurückgelassen. Als L. zurückkam, war sie verschwunden. Jedenfalls haben andre die vom gegenüberliegenden Bürgerpark aus ihren Komplicen beobachtet haben, die Fahne dann mitgenommen. Das Bild zeigt das Gaubureau mit der zersplitterten Fahnenstange.

Man braucht sich über derartige Vorfälle nicht zu wundern, wenn es möglich ist, daß von amtlicher Stelle Meinungen über den Schutz der Reichsfarben laut werden, wie sie Justizminister Gürtler im Bayrischen Landtag geäußert hat. Er meinte:

Was die Beschimpfung der Reichsfarben anlange, so sei dies eine Frage von rechtlicher Bedeutung. Man könne nicht sagen, daß etwa die Farbenverbindung schwarzrotgold als solche gesetzlichen Schutz genießt, sondern nur mit ausdrücklichem Bezug auf die Farben des Reiches. Es komme bei der Farbenbeschimpfung darauf an, daß ein Zusammenhang der Farben mit der Reichsflagge besteht.

Bei solcher juristischer Haarspalterei muß ja eine Verwirrung der Rechtsbegriffe eintreten, die es nicht erstaunlich erscheinen läßt, daß Verhetzte von der Beschimpfung zur Tat übergehen in der Erwartung, für ihr „patriotisches" Verhalten eine milde Beurteilung vor Gericht zu finden. — (Wie wir bei Redaktionsschluß hörten, hat die Polizei ermittelt, daß die Diebe der Braunschweiger Reichsbannerfahne Nationalsozialisten waren.) —

Vermißten-Nachforschung

Wer kann Auskunft geben über den Verbleib des Unteroffiziers Willi Voigt von der 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Markgraf Karl (7. Brandenb.) Nr 60. Er ist vermißt seit dem 1. Juli 1916, wo er an der Somme am rechten Arme verwundet wurde. Der ehemalige Kriegsgefangene Konrad Schweitzer vom gleichen Truppenteil will ihn am 2. Juli 1916 an einer Sammelstelle für gesunde und leichtverwundete Gefangene wohlauf angetroffen haben. Voigt ist am 30. November 1883 in Liegnitz geboren und von Beruf Eisenbohrer.

Eventuelle Mitteilungen sind an den Bundesvorstand des Reichsbanners, Magdeburg, Regierungsstraße 1, zu richten, der sie an den Sohn des Vermißten weiterleiten wird. —

Bücher und Zeitschriften

Der Dämon des Krieges. Von Pfarrer Felix Mieszkis-Czerski. Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Polnischen von F. M. Schubert. Verlag der Carolus-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1928. 109 Seiten. 2.80 Mark.

Unter den Schriften, die einer konstruktiven d. h. schöpferischen Friedenspolitik dienlich sein können, scheint uns dieses polnische Buch an erste Stelle zu gehören. Obgleich in ausgezeichnetes Deutsch übertragen, ist es nicht leicht zu lesen. Es ist kein Buch für die Massen, wenn auch tiefstes Mitgefühl für die leidenden Massen aus jeder Zeile leuchtet, sondern ein Brevier für die Führer, für ihre Stunden der Selbstbesinnung und innern Sammlung. Reiche geschichtliche und philosophische Erkenntnisse durchziehen die knappe Schrift. Der meisterhafte Stil des ganzen erinnert an den dem polnischen Verfasser weltanschaulich nicht so fernstehenden großen französischen Essayisten Montaigne. Der überreiche Inhalt sprengt fast den Rahmen. Mit außerordentlichem Takt ist, wo es notwendig, das deutsch-polnische Verhältnis berührt. Unsre Nationalisten könnten sich ein Vorbild nehmen. Nächstes politisches Ideal ist ihm offenbar — als Stufe zur Erreichung des Weltfriedens — europäische Einheit. Niemand hat ja so scharfe Worte gefunden über den eigentlichen Gewinner des Krieges als dieser polnische Friedensfreund. Aber er weiß, daß in dieser besten aller Welten an einen „ewigen Frieden" noch lange nicht zu denken ist, und wie 150 Jahre vor ihm der Königsberger Weltweise Immanuel Kant behandelt er die Frage „nur grundsätzlich und ideell". Schon im Titel „Dämon" liegt die Einsicht, wie weit noch die Lösung hinausgeschoben ist. In einer Fußnote (Seite 71) verwahrt er sich in diesem Sinne dagegen, als „wolle er den Geist des Heeres und des Volkes schwächen oder — was noch schlimmer (!) sei — Propaganda machen für bedingungsloses Sich-dem-Feinde-Ausliefern — —"! Eine im höhern Sinne bedeutsame Stelle sei wiedergegeben: „Und Hochwürden glauben an die göttliche Vorsehung!" warf mir einmal ein russischer Offizier vor, als wir die brennenden Dörfer sahen, mit unablässig flammenden Feuersbrünsten im Hintergrund, das Stöhnen der Sterbenden, die Verwünschungen der Lebenden, das Rattern der Maschinengewehre, den fernen Donner der Geschütze vernahmen. Und so ist es nun seit der Steinzeit, als man den Gegner noch mit Stumpf und Stil ausrottete, alles dem Erdboden gleichmachte und mit Salz bestreute. — — — Während wir aber Gottes Barmherzigkeit erfahren, sind wir selber unbarmherzig und, selber fürchterlich, rufen wir dann, daß Gott fürchterlich sei." Die im Mund eines Priesters gewiß bemerkenswerte Feststellung also, daß der Mensch sich auf niemand hinausreden solle und bei sich allein die Schuld suchen müsse!

M.

Geschichte Italiens 1871—1915. Von Benedetto Croce. Ins Deutsche übertragen von Ernst Wilmersdoerffer. Berlin 1928. Verlag Lambert Schneider. 345 Seiten.

Die Zeiterscheinung des Fascismus hat das Interesse an einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung Italiens lebhaft angeregt. Das Buch des bekannten italienischen Historikers entspricht einem ausgesprochenen Bedürfnis. Warum hat Croce zum Ausgangspunkt das Jahr 1871 gewählt? Vielleicht deshalb, weil nur so die bekannte fascistische Theorie „bewiesen" werden kann, daß das demokratisch-konstitutionelle Regime eine Linie des langsamen aber stetigen Abstiegs dargestellt habe, aus der nur durch die heroische Steuerergreifung eines Mussolinis das „größere Italien" neuen, herrlicheren Zeiten habe entgegengeführt werden können? In Wirklichkeit sind die Fundamente des neuen, geeinten Italiens durch liberale, ja republikanische Persönlichkeiten gelegt worden und eine „Geschichte Italiens" müßte ausgehend etwa von der leidvollen Zeit der österreichischen Fremdherrschaft (sogar Mailand war ja bis 1848 habsburgisch!) geführt werden über 1848 (Mazzini, Garibaldi), 1856 (Krimkrieg) und 1866. Zolas großer Roman „Rome" scheint uns für die Zeit nach 1870 weit lebendigere Eindrücke zu vermitteln als B. Croces Darstellung der italienischen „Gründerjahre". Aufschlußreich werden für außenpolitische Interessenten und für Kritiker des Fascismus erst die letzten Kapitel. Crispi, der Mitschöpfer des Dreibundes, wird eindringlich und glänzend geschildert. Besonders interessant ist das 12. Kapitel, das die Neutralitätsperiode und den Eintritt Italiens in den Weltkrieg umschließt. In knappgefaßter Ironie urteilt B. Croce: „Das italienische Bündnis mit den Zentralmächten stützte sich, ebenso wie der europäische Friede, auf das Moment der Trägheit. Es war zu einer Fassade geworden, hinter der kein Haus mehr stand. Das war so offenkundig und so bekannt, daß man es nicht nur in den politischen Broschüren von Publizisten, sondern auch in den Geschichtsbüchern der Schule und des gebildeten Publikums lesen konnte." Wir sind weit davon entfernt, den Schuldanteil der wilhelminischen Regierung an der diplomatischen Vorgeschichte des Ultimatums an Serbien von 1914 zu verkleinern, aber es ist zweifellos dilettantische Uebertreibung von einer „im geheimen von Oesterreich mit Deutschland" betriebenen Vorbereitung zu sprechen. Richtig ist, daß die Neutralität „bereits den Keim des Gegensatzes zu den Zentralmächten" enthielt. Neu ist für die meisten wohl, daß der Außenminister Sonnino zunächst für Anschluß an die Mittelmächte war. Ministerpräsident Salandra sprach dann das Wort vom „sacro egoismo per l' Italia". Die Entscheidung fiel auf Krieg — trotzdem man (10 Monate lang!) die zerstörerischen Wirkungen vor Augen gehabt. Schon wenige Wochen später stellt sich Mussolini, vordem Führer der „äußersten Linken", der revolutionären Minderheit (gewissermaßen der italienischen Spielart der U. S. P. D.) „auf die nationale Seite". Auf das Titelblatt seiner neuen Zeitung setzt Mussolini die Worte: „Wer Eisen hat, hat Brot." Schließlich bestand der Eindruck, daß der Krieg erklärt worden sei ohne Mitwirkung der Volksvertretung, durch Einwirkung von der Straße aus, und dies deutet B. Croce als den innersten Kern an, aus dem sich später der Fascismus entwickelte.

M.

Fahnenjunker Volkenborn. Von Georg Grabenhorst. Verlag Koehler & Amelang. Leipzig 1928. 256 Seiten. Ganzleinen 5.50 Mark.

Der Kriegsroman eines Verlags, der die Erinnerungen Wilhelms II. herausgegeben hat, — das macht bedenklich, man ist geneigt anzunehmen, daß man es auch in diesem Falle mit schwarzweißrotem Kitsch zu tun hat. Erfreulicherweise irrt die Annahme. „Fahnenjunker Volkenborn" ist trotz seines Verlags und trotz seines Titels ein der künstlerischen Form nach bedeutendes, in der Schilderung des Krieges vom Wahrheitswillen geleitetes Buch. Der Personenkreis, der in seiner Mitte steht und dessen Erlebnisse geschildert werden, stammt hauptsächlich aus der deutschen Oberschicht: Offiziere, Fahnenjunker usw., doch treten auch einige nicht schlecht gesehene Typen des „unbekannten Soldaten" in den Vordergrund. Die Schilderungen des Stellungskrieges an der Westfront sind außerordentlich stark. Manche Partien des Buches — so die bitter-ironische Beschreibung eines Feldgottesdienstes und eines Stabsquartiers — könnten auch in Remarques „Im Westen nichts Neues" stehen. Daß der Verfasser nun einmal an der Revolution von 1918 nur das Negative zu sehen vermag, muß man bei der Lektüre des sonst hervorragenden Buches schon in Kauf nehmen. —

Belastungsprobe. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1928. Von Erich Welter. 58 Seiten mit Anhang „Das Wirtschaftsjahr in Zahlen". Preis broschiert 1.50 Mark. Frankfurter Sozietätsdruckerei, G. m. b. H. Abteilung Buchverlag. Frankfurt a. M. 1929.

Die Broschüre ist aus einer Aufsatzreihe entstanden, die um die Jahreswende im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht wurde. Der Verfasser sieht als Hauptquelle der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die mangelnde Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft an. Er weist auf die Hemmnisse hin, die in Deutschland ausreichender Kapitalbildung entgegenstehen und betont besonders scharf, daß unzweckmäßige Kapitallenkung zu einer schädlichen Kapitalvergeudung (Monopolbetriebe!) geführt hat. Ein Hinweis, der uns besonders wertvoll erscheint. Wer sich über die deutsche Wirtschaftslage unterrichten will, ohne daß ihm die Möglichkeit oder Zeit zur Beschaffung eignen Materials zur Verfügung steht, dem sei die Anschaffung der Schrift empfohlen. Darüber hinaus aber wird sich jeder Wirtschafts- und Sozialpolitiker mit den hier vertretenen Gedankengängen auseinandersetzen müssen. —

Abwehr des Fascismus. Die „Internationale Kommission zur Abwehr des Fascismus", deren Leitung unser österreichischer Kamerad Julius Deutsch (Wien) innehat, wird in der nächsten Zeit mit einem Jahresbericht hervortreten, auf dessen gewiß bedeutsamen Inhalt wir heute schon aufmerksam machen möchten. Die Broschüre wird 18 Beiträge enthalten (deutscherseits ist über die fascistische Bewegung in Deutschland ein Aufsatz unsers Kameraden Major a. D. Karl Mayr enthalten) und dürfte um den 10. Februar im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, zu dem Ladenpreis von 2 österreichischen Schilling (1.20 Mark) erscheinen.

Der außerordentlich billige Anschaffungspreis ermöglicht also den zahlreichen Interessenten unsers Kreises die Beschaffung. Bei Sammelbestellungen (innerhalb der Gaue) würde der Preis weiterhin noch ermäßigt auf den Betrag von 1.20 österreichischen Schilling (0.70 Mark). Es ist beabsichtigt, die Broschüre auch in französischer Ausgabe erscheinen zu lassen.

Aus den Gauen

Gau Oberschlesien. Die in der Zeit vom 17. bis 28. Februar stattfindenden Werbeversammlungen sind festgesetzt für die Städte Hindenburg, Gleiwitz, Beuthen, Ratibor, Neustadt, Ziegenhals, Neisse, Grottkau, Kreuzburg und Konstadt. In allen Versammlungen spricht Kamerad Meurer (Magdeburg). Außer ihm referiert in den drei erstgenannten Städten Kamerad Bürgermeister Franz und in Ratibor und Neustadt Kamerad Landesrat Hauke. — Ein großes Gautreffen ist auf den 5. Mai dieses Jahres angesetzt.

Gau Chemnitz. Am 20. Januar sprach Senatspräsident Großmann in einer vom Republikanischen Reichsbund und vom Reichsbanner gemeinsam durchgeführten großen Versammlung über den Kampf um die Republik. Diese Veranstaltung war von starker Werbekraft. — Am 24. Februar findet die Gaukonferenz in Chemnitz statt.

Gau Leipzig. Die Vorarbeiten für ein gutes Gelingen der am 20. April in Oschatz stattfindenden Werbeveranstaltung und des auf den 21. April festgesetzten Gautreffens in Wurzen sind im Gange.

Gau München. Der am 25. und 26. Mai in München stattfindende südbayrische Republikanische Tag muß eine wuchtige und machtvolle Kundgebung für den demokratischen Volksstaat, gegen die Reichshetzer werden.

Gau Pfalz. Das sehr eifrige Ludwigshafener Jungbanner veranstaltete einen Winterwaldlauf und verband damit eine rege Agitation für die Republik und das Reichsbanner. — In Elbersberg an der Saar wurde ein Ortsverein des Reichsbanners gegründet.

Gau Baden. Am 11. Januar fand in Karlsruhe eine große Versammlung des Reichsbanners statt, in welcher Staatsminister Dr. Remmele einen ausgezeichneten Vortrag über die Politik des neuen Jahres hielt. Diese Veranstaltung hat den Kameraden den Weg für ihre Arbeit im laufenden Jahre gezeigt.

Gau Niederrhein. Die Ortsgruppen des Gaues, deren Beteiligung an der Frankfurter Verfassungsfeier mustergültig war, setzen ihren Stolz darin, in stärkster Anzahl auch in Berlin aufzumarschieren. In den meisten Bannergruppen wird von der Spareinrichtung schon reger Gebrauch gemacht.

Gau Oberrhein. Am 2. und 3. März findet in Liblar-Köttingen eine Gedenkfeier für den großen Freiheitskämpfer Karl Schurz statt. Damit verbunden ist eine Denkmalsweihe. — Um die deutschen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold stärker als bisher auch auf dem Rheine zu zeigen, veranstaltet das Kölner Reichsbanner am 16. Juni eine Dampferfahrt von Köln nach Remagen. — Im Vordergrund aller Arbeit stehen die Vorbereitungen für das so wichtige Grenztreffen, das Pfingsten in Aachen stattfinden soll. Die Vorarbeiten werden eifrig und fleißig geleistet, um den Erfolg sicherzustellen. Notwendig ist dazu aber die lebhafte Unterstützung der Kameraden aus den benachbarten Gauen, die zur Teilnahme aufgefordert sind.

Gau Ostpreußen. Zu Beginn des Monats Februar finden in den größern Städten des Gaugebiets Versammlungen des Reichsbanners statt, in denen Major a. D. Kamerad Mayr über den bolschewistischen und fascistischen Volksbetrug sprechen wird. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Aus dem Geschäftsverkehr

Thüringen steht in der Herstellung von Pflaumenmus auf besonderer Höhe. Es wird aber auch fast in jedem Hause dieser köstliche Brotaufstrich gekocht; und wenn der Wandrer zur Herbstzeit durch die Straßen Thüringens zieht, nimmt er den schönen aromatischen Pflaumenmusduft mit Behagen auf. Eine solche Ware, genau wie Thüringer Hausware, liefert die in ganz Deutschland bekannte Pflaumenmusfabrik Otto Ritter, Schlölen i. Thür.

(Siehe Anzeige in dieser Nummer Seite 40.)